



Gemeinschaftsantrag

Anschrift Absender

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Christian Scharpf

Datum 30.04.2024

Telefon
Telefax
E-Mail

Gremium	Sitzung am
Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien	21.11.2024

**Belegungskonzept Obdachlosenunterkunft
-Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen SPD und UWG und der ödp-Stadtratsgruppe
vom 30.04.2024-**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

nach einem Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 27.10.2022 (V0889/22) hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 16.05.2023 einen umfassenden Antrag des Sozialreferenten beschlossen (V0290/23), wonach ein zielgruppenspezifisches Belegungskonzept für die städtischen Obdachlosenunterkünfte weiterentwickelt werden soll. Ein Jahr nach Beschluss stellen die Fraktionen SPD, UWG und ÖDP folgenden

Gemeinschaftsantrag:

1. Die Stadtverwaltung stellt den aktuellen Stand der Erarbeitung und Umsetzung des Belegungskonzeptes vor. Maßnahmen, die noch nicht umgesetzt wurden, werden mit einem Zeitplan hinterlegt.
2. Die Stadtverwaltung stellt dar, welche Daten bei Aufnahmen in einer städtischen Obdachlosenunterkunft erhoben werden und welche Schlüsse darauf in Bezug auf das Belegungs- und Betreuungskonzept abgeleitet werden.
3. Die Stadtverwaltung stellt dar, inwiefern die Bewohnerinnen und Bewohner in der städtischen Obdachlosenunterkunft zu ihrer Lebenssituation befragt werden und welche Schlüsse daraus in Bezug auf das Belegungs- und Betreuungskonzept abgeleitet werden.

Begründung:

Obdachlosigkeit ist i.d.R. auf individuelle Schicksale zurückzuführen. Um obdachlosen Menschen im Sinne der Stadtgesellschaft Perspektiven zu bieten, beschloss der Stadtrat o. g. Antrag.

Von Interesse sind sowohl die Fortschritte seit Stadtratsbeschluss als auch weitere Informationen zu den Menschen, die in städtischen Obdachlosenunterkünften wohnen (entspr. StMAS, Empfehlungen für das Obdach- und Wohnungswesen, 3.4 Hilfe zur Überwindung insbesondere sozialer Schwierigkeiten, 11-14) Sollten noch nicht ausreichend Informationen eingeholt sein, bietet es sich an, diese auf freiwilliger Basis anonym zu erheben, da nur durch Ermittlung des Hilfsbedarfs an den entsprechenden Stellen abgesetzt und eine Weiterentwicklung der Obdachlosenunterkunft realisiert werden kann.

gez.
Quirin Witty
SPD-Stadtrat

gez.
Georg Niedermeier
UWG-Stadtrat

gez.
Fred Over
ÖDP-Stadtrat